

Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel

Protokoll der Sitzung am 4. Juli 2017

17.00 Uhr Rotunde

Die Sitzung wird von Dursiye Aytekin geleitet.

Top 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Dursiye Aytekin begrüßt die Mitglieder und Gäste des Forums.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Kiel und Hatay in der Türkei, an der syrischen Grenze, ist eine Delegation von Pädagog/innen im Forum zu Besuch. Die Gäste sind in Begleitung der Deutsch-Türkischen Gesellschaft gekommen. Sie werden im Forum herzlich begrüßt. Durch die Städtepartnerschaft besteht ein regelmäßiger Austausch. Das diesjährige Thema ist „Erziehung und Bildung“. Es gibt auch zwei Partnerschulen (Thor-Heyerdahl-Gymnasium und eine Schule in Neumünster). In diesem Herbst wird zum ersten Mal eine Gruppe von Schüler/innen aus Hatay zu Gast in Kiel sein. Şahabetin Atlı von der Deutsch-Türkischen Gesellschaft übersetzt diese Informationen für die Gäste anschließend ins Türkische. Die Vorsitzende bedankt sich für den Besuch und wünscht einen schönen Aufenthalt in Kiel.

Top 2: Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Top 3: Protokoll der Sitzung am 6. Juni 2017

Es gibt keine Änderungswünsche. Das Protokoll ist damit genehmigt.

Top 4: Termine

- **18. Juli, 18.00 Uhr, Flüchtlingssolidarischer Stammtisch** zum Thema „Flüchtlings- und integrationspolitische Vereinbarungen im Jamaika-Koalitionsvertrag“, ZBBS, Sophienblatt 64 A, 24114 Kiel (1. Stock).
- **5. August, 14.00 – 23.00 Uhr, Sommerfest der Kieler Auslandsvereine**, Bootshafen Kiel.
- **10. Juni 2018, großes interkulturelles Fest des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes** unter dem Motto „Schleswig-Holstein ist Heimat – En Dag för all Lüüd in't Land“, Freilichtmuseum Molfsee. Bernadett Skala vom Heimatbund informiert, dass die Planung des Festes schon jetzt beginnt. Alle Kulturen in Schleswig-Holstein können teilnehmen und sich präsentieren. Das Fest wird zusammen mit dem Schleswig-Holstein-Tag gelegt. Der Eintritt an dem Tag ist frei, sonst beträgt er 8,- € pro Person. Alle sind aufgerufen, dafür zu werben und mit der ganzen Familie zu kommen. Wer teilnehmen möchte, kann sich bei Frau Skala

melden, auch wenn es noch keine genaue Planung gibt (b.skala@heimatbund.de). Anmeldeformulare werden herumgereicht. Bei dem Fest wird es auch Dolmetscher/innen für Geflüchtete geben. Die Syrische Gemeinde in Kiel und Umgebung e.V. möchte dies unterstützen.

Top 5: Aktuelle Themen – Austausch und weitere Schritte

a. Aktuelle Themen der Mitglieder

Ahmad Fatah vom Islamischen Zentrum As-Salam berichtet von einer Landes-Broschüre des Bildungsministeriums mit dem Titel „Islam, Islamismus und Salafismus an Schulen“. Die Broschüre enthalte viele Fehler. Außerdem seien die Gemeinden in die Erstellung der Broschüre nicht eingebunden worden. Thomas Wetterau schlägt vor, dieses Thema in der nächsten Sitzung aufzugreifen. Dieter Valiev wird das Thema als Delegierter des Forums im Beratungszentrum Rechtsextremismus ansprechen.

Weitere aktuelle Themen werden nicht benannt.

b. Wohnen und Neuzugewanderte

Thomas Wetterau erläutert, dass bei der nächsten Sitzung die Wohnungsknappheit und der Verdrängungswettbewerb aus einigen Stadtteilen thematisiert werden soll. Diskriminierung und kriminelle Handlungen sollten aufgedeckt werden. So gebe es Wohnungsbaugesellschaften, die keine ALG-II-Empfänger/innen mehr annehmen. Wenn Forumsmitglieder selber Erkenntnisse, Erlebnisse oder Umgangsmöglichkeiten zu der Problematik haben, können sie sich an den Vorstand wenden. Zur nächsten Sitzung sollen verschiedene Akteure eingeladen werden.

c. 15 Jahre Forum

Herr Freuschle hat dem Vorstand Vorschläge zugeschickt. Ein Termin zur weiteren Planung der Feierlichkeiten wird nach der Sitzung abgesprochen.

Top 6: Berichte aus Arbeitskreisen, Ausschüssen und Beiräten

a. Delegierten-Liste und Treffen der Delegierten

Die Vorsitzende schlägt vor, einen Termin nach der Sitzung abzusprechen. Frau Dickhoff kann die Rolle als Delegierte für den Kulturausschuss nicht mehr wahrnehmen. Thomas Wetterau schlägt vor, dass die Arbeit der Delegierten grundsätzlich nochmal neu aufgezogen werden sollte, da dies wichtig und interessant für die Arbeit des Forums sei. Ziel sei eine effektivere Arbeit. Weitere Interessierte für Positionen als Delegierte können sich bei der Vorsitzenden melden.

b. AK Räume

Ben Diogu stellt die Ergebnisse der Befragung vor. Die Beteiligung liegt bei ca. 50%. 6 Vereine und Organisationen suchen Räume. Ebenfalls können 6 Vereine und Organisationen Räume anbieten. Birte Skoruppa erläutert, wie die Ergebnisse in einer Liste verarbeitet wurden und reicht eine Übersicht herum. Die Liste wird in Zukunft im Referat für Migration verwaltet. Von dort werden auch Suchende und Anbietende einander vermittelt. Herr Diogu erklärt, dass die Ergebnisse sich momentan eher nicht als Grundlage für eine Anfrage bei der Ratsversammlung eignen würden. Hierfür bräuchte es mehr Vereine, die einen Bedarf haben. Außerdem habe er sich eine höhere Beteiligung gewünscht und fragt die Mitglieder, die sich nicht beteiligt haben, nach den Gründen. Einige Organisationen erklären, dass sie weder Räume anbieten noch suchen würden, andere hätten aus ihren Organisationen (noch) keine Rückmeldung erhalten. Birgit Lawrenz schlägt vor, dass die anwesenden Mitglieder, die sich bisher nicht beteiligt haben, eine kurze Rückmeldung geben. Birte Skoruppa erfasst diese Rückmeldungen und wird sie dem Vorstand zur Verfügung stellen, damit er das weitere Vorgehen planen kann.

c. AK Öffentlichkeitsarbeit

Die Vorsitzende berichtet, dass sich der Arbeitskreis am 6. Juli treffen wird. Thema ist die Homepage des Forums. Thomas Wetterau erklärt, dass weiterhin Unterstützung bei der Arbeit an der Website willkommen ist.

Top 7: Hochschulzugang für Geflüchtete

Artur Shageev vom International Center der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) präsentiert die Angebote der Universität für Geflüchtete. Nach der Prüfung der Hochschulzugangsberechtigung, die das International Center für die CAU durchführt, erfolgt die Vermittlung in die Angebote. Diese gliedern sich in überfachliche Module (z.B. Sprachkompetenzen, soziale und kulturelle Teilhabe, internationale Hochschulkompetenz) und fachliche Module (z.B. Vorkurse, Selbstlernzentrum, Gasthörendenangebot). Bisher sind 700 Personen in der Datenbank erfasst, von denen 650 die Möglichkeit haben, an der CAU zu studieren. An den Maßnahmen nehmen zur Zeit 400 Personen teil. Die Anzahl der Interessierten steigen, wobei die Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet kommen. Nach dem Vortrag beantwortet Herr Shageev Fragen.

Beratung kann in arabischer und russischer Sprache angeboten werden. Die Angebote stehen für alle geflüchteten Studieninteressierten zur Verfügung, die Art des Aufenthaltstitels spielt dabei keine Rolle. Ca. 90% der Interessierten kommen aus Syrien. Die Voraussetzungen zur Teilnahme an den Angeboten hängen von den Abschlüssen ab. Als Beispiel nennt Herr Shageev syrische Schulabschlüsse. Wenn das Ergebnis besser als 70% ist, kann direkt mit den Angeboten begonnen werden. Zwischen 60-70% kann ein Studienkolleg zur Vorbereitung auf das Studium besucht werden. Wenn kein Nachweis des Abschlusses vorliegt, kann zur Zulassung der Studierfähigkeitstest „TestAS“ genutzt werden. Allerdings können in der Regel die meisten Personen nach der bisherigen Erfahrung des International Centers Nachweise vorlegen. Das International Center befindet sich am Westring 400. Das Personal ist im letzten Jahr um zwei Stellen aufgestockt worden, um die Angebote in diesem Umfang bereitstellen zu können. Die Anträge und Abläufe für die Gasthörendenschaft entsprechen den allgemeinen Regularien für Gasthörende. Wer hier Fragen oder Probleme hat, kann sich beraten lassen. Frau Vagdy-Voß ergänzt, dass hier Hemmnisse abgebaut werden sollten. Sie erklärt außerdem, dass auch eine Beratung bezüglich eines Studiums beim IQ Netzwerk möglich ist. Flyer liegen aus. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Top 8: Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung

Reinhard Pohl stellt die Eckpunkte zu den Themen Migration und Integration vor. Bei der Umsetzung der Vereinbarungen gelte die allgemeine Klausel: „Alles was geplant ist, kann nur durchgeführt werden, wenn genügend Geld vorhanden ist“. Viele Aspekte des Vertrages, die für alle Personen gelten, gelten somit auch für Migrant/innen und Flüchtlinge (z.B. Essen in Schulen). Einige Aspekte wie die Verbesserung der Sicherung der Außengrenzen sind im Vertrag aufgeführt, auch wenn sie nicht in Landeszuständigkeit fallen.

Die Vereinbarungen, die konkret die Themen „Migration und Integration“ betreffen, umfassen unter anderem Sprach- und Integrationskurse, unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die gesundheitliche Versorgung, die Aufnahme von Geflüchteten, den DaZ-Unterricht und Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht. Torsten Geerds, ehemals Vorstandssprecher DRK Landesverband Schleswig-Holstein, ist nun Ansprechpartner im Innenministerium zum Thema Integration.

Herr Pohl regt dazu an, dass das Forum nun beobachten solle, inwiefern sich die Regierung an ihre Vereinbarungen hält. Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

Herr Fatah fragt, wer die Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht stellen solle. Herr Pohl antwortet, dass die Lehrkräfte in Deutschland ausgebildet werden und in deutscher Spra-

che unterrichten sollen. Der Staat trage hierfür die Verantwortung. Ausführliche Informationen zum Vortrag sind dem Protokoll beigelegt.

Top 9: Bericht des Vorstands und der Geschäftsführung

a. Vorstand

Thomas Wetterau berichtet vom Sozialausschuss. Das Forum kann über die/den Ausschussvorsitzende/n Anträge einreichen, beispielsweise zu Themen wie Diskriminierung. Der Sozialdezernent Gerwin Stöcken hat in dieser Ausschusssitzung den Sozialbericht vorgestellt. Dieser enthält wichtige Informationen, inklusive Daten zu einzelnen Ortsteilen, die auch für die Forumsarbeit wichtig sein könnten. Das Fazit des Berichts ist die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Hier soll es eine Zusammenarbeit verschiedener Stellen zur Förderung eines sozialen Arbeitsmarktes geben.

Unter folgendem Link kann der Bericht heruntergeladen werden:

https://www.kiel.de/de/gesundheit_soziales/sozialplanung_berichte_konferenzen/sozialbericht/sozialbericht_kiel.php.

b. Geschäftsführung

- Birgit Lawrenz teilt mit, dass das Referat eine Mail mit Informationen zu Ausbildungsplätzen bei der Landeshauptstadt Kiel verschickt hat. Diese kann gerne durch die Forumsmitglieder weitergeleitet werden. Ziel sei die fortschreitende interkulturelle Öffnung der Stadt.
- Sie berichtet außerdem von der ersten Vergaberunde des Förderfonds „Zusammenhalt stärken – Teilhabe sichern“. Insgesamt sind Anträge über einen Betrag von 105.000 Euro eingegangen. Das Expertengremium hat letzte Woche getagt. Insgesamt wurden 17 Projekte beantragt, von denen 13 gefördert werden. Für die zweite Vergaberunde sind noch Gelder vorhanden. Frau Lawrenz erklärt, dass gerne weiterhin Anträge gestellt werden können. Anmeldeschluss ist der 30. September.

Top 10: Mitgliederänderungen

Als neue Stellvertreterin für isfa e.V. ist Frau Katrin Bähnk im Forum vertreten.

Top 11: Sonstiges

Kathrin Stadelmann von der städtischen Koordinierungsstelle für die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen berichtet vom AK Integration des Forums. Dieser hat sich getroffen und Themen bearbeitet, die in die Handlungsempfehlungen einfließen. Frau Stadelmann fragt, ob die Mitglieder sich noch einmal vor den Sommerferien treffen wollen. Thomas Wetterau schlägt vor, dass Papier abzuwarten, um dann zu schauen, ob noch Veränderungen nötig sind.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:57 Uhr.

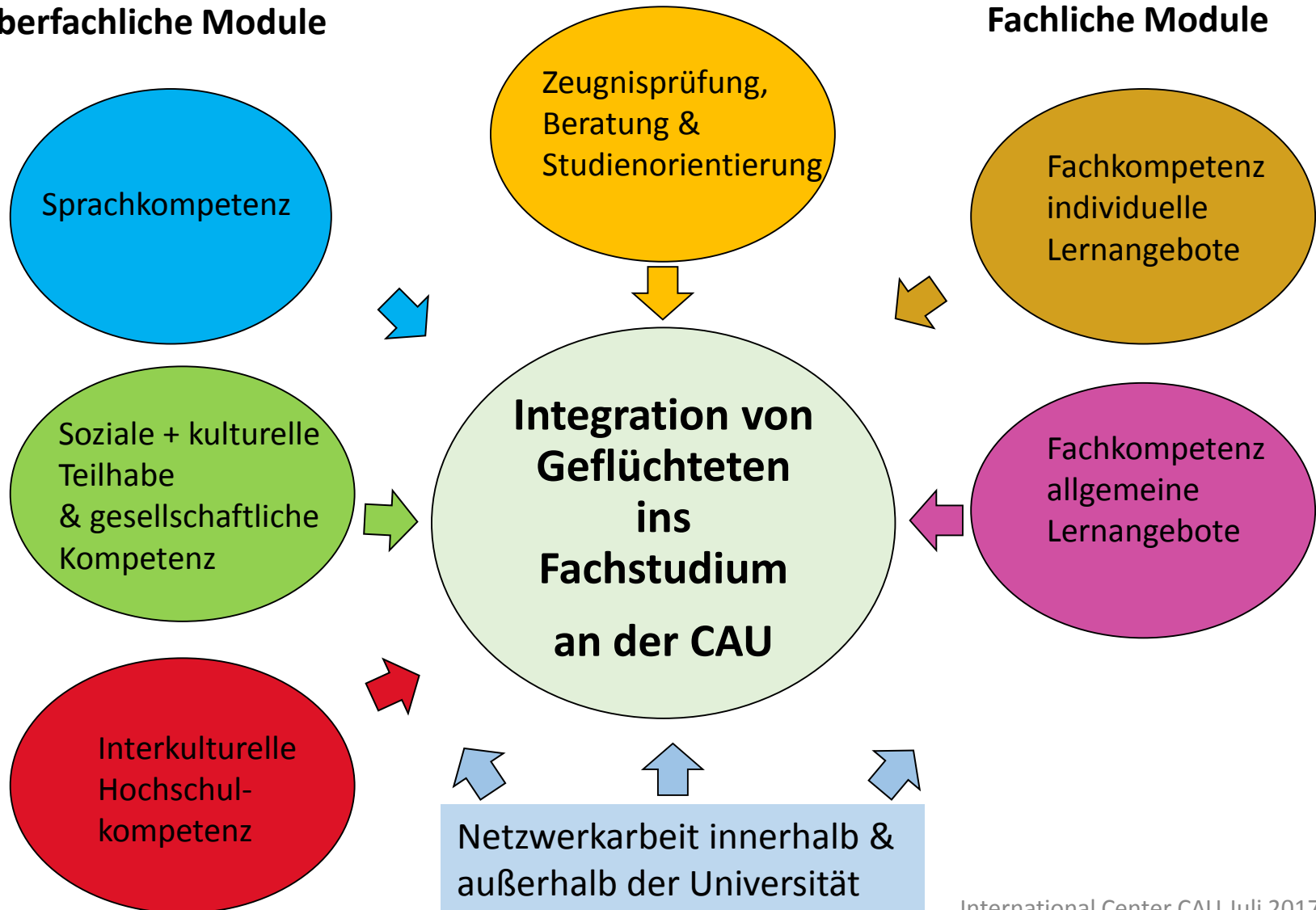
Birte Skoruppa

Willkommen an der CAU: Programm Studienvorbereitung für Geflüchtete

Willkommen an der CAU: Programm Studienvorbereitung für Geflüchtete

Überfachliche Module

Fachliche Module



Willkommen an der CAU: Programm Studienvorbereitung für Geflüchtete

Überfachliche Module

Sprachkompetenz



- Lektorat Deutsch als Fremdsprache: B2 & C1 -> Vorbereitung DSH-Prüfung
- Ehrenamtliche Sprachlerngruppen von Studierenden (A1-B1)
- Online- Sprachkurse Deutsch & Englisch (A1-C2)
- Betreutes Selbstlernzentrum
- Englischkurse B1 & B2

Soziale + kulturelle Teilhabe & gesellschaftliche Kompetenz



Kontakte mit Studierenden/Einheimischen & gesellschaftliches Engagement

- ‚Migration & Ehrenamt‘: Informationsmesse + Podiumsgespräch
- Study Buddy Programm Studentenwerk SH

Interkulturelle Hochschul- kompetenz



Workshops Studienkompetenz:

- Selbst- & Zeitmanagement, Lernkompetenz

Workshop interkulturelle Hochschulkompetenz:

- Kommunikations-, Institutions- und Organisationskultur an der CAU; Vergleich deutsche & arabische Hochschulkultur

Fachliche Module

Fachkompetenz
allgemeine
Lernangebote



Informatik

- arabischsprachige Mathematik- & Programmierkurse

Weitere geplante fachspezifische Angebote

- Wissenschaftliches Arbeiten/Schreiben/Präsentieren

Fachkompetenz
individuelle
Lernangebote



- **Selbstlernzentrum**
- Online-**Mathebrückenkurs**
- **Gasthörendenangebot** für studienberechtigte Geflüchtete

Aktuelle Teilnahmezahlen an den Angeboten

Aktuelle Teilnahmezahlen

- In **Datenbank IC registriert** (Zeugnisse geprüft, Studienwünsche geäußert)
 - Seit Sommer 2016: **700 Personen**
- Aktuell in **studienvorbereitenden Maßnahmen: circa 400 Personen**
- **Beratung**
 - Persönlich deutsche & arabische **Sprechstunden**: ca. 40 Personen pro Woche
 - **Anfragen** telefonisch / E-Mail: ca. 40 pro Woche
- **Informations-Veranstaltungen** WiSe 16 / 17 + SoSe 17: über 300 Studieninteressierte
- **Deutschlernangebot:**
 - Teilnehmende in **Vollzeitdeutschkursen** am Lektorat: 70 Personen
 - Teilnehmende in **zusätzlichen studentisch geleiteten Deutschkursen**: 50 Personen
 - **Online-Sprachkurslizenzen**: 130 von 500 werden regelmäßig benutzt
 - **Selbstlernzentrum** (seit SoSe 17): ca. 15 Nutzer_innen pro Woche
- **Gasthörendenangebot:**
 - WiSe 16 / 17: 52 Personen
 - SoSe 17: 220 Personen
- **Fachliche Vorkurse in der Informatik:**
 - **Mathematik Vorkurs** arabisch / deutsch (SoSe 17): ca. 30 geflüchtete Teilnehmer_innen
 - **Programmiervorkurs** arabisch / deutsch (SoSe 17): ca. 30 geflüchtete Teilnehmer_innen

CDU, Grüne und FDP einigen sich:

Schleswig-Holstein bleibt weltoffen

Mitte Juni haben sich die drei Parteien auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, Ende Juni wurde gemeinsam ein neuer Ministerpräsident gewählt und eine Regierung ernannt.

Der Koalitionsvertrag ist 114 Seiten lang (Zahlen in Klammern sind Seitenzahlen) und vereinbart die Politik der nächsten fünf Jahre in 10 Kapiteln. Wichtig ist dabei: Es konnte nur vereinbart werden, was von einer der drei Parteien vorgeschlagen wurde. Man weiß nicht, was in den nächsten fünf Jahren passiert. So sind 2015 rund 35.000 Flüchtlinge und rund 10.000 Transitflüchtlinge in Schleswig-Holstein eingetroffen, aber im Koalitionsvertrag von 2012 gab es dazu keine Pläne. Insofern ist wichtig, dass sich VertreterInnen der drei Parteien einmal wöchentlich treffen (Koalitionsrat) und aktuelle Fragen diskutieren.

Alle Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt: Wenn weniger Geld als vermutet vorhanden ist, haben einige Punkte (Investitionen, Straßen) Vorrang und andere (Integration, Beratung) werden nicht vollständig umgesetzt.

In Bezug auf Einwanderer und Flüchtlinge gibt es auch viele Punkte, die allgemein gelten, wie „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Aber sie beziehen sich eben auch auf Flüchtlinge.

Europäische Flüchtlingspolitik

Zu Flüchtlingen bekennt man sich zu einer Verbesserung der „Sicherung der EU-Außengrenzen“. (85)

Aufnahme

Schon bevor der Haushalt 2018 aufgestellt wird, soll darüber entschieden werden, wie viele Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge es geben soll und wo diese sind. (6)

Aus den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen „Landeskompetenzzentren“ werden, hier sollen alle neu ankommenden Flüchtlinge in sechs Wochen einen Grundkurs Deutsch und Orientierung erhalten, danach sollen sie umverteilt werden. Auf jeden Fall soll der Verbleib nicht länger als drei Monate dauern. Das gilt nicht für alle aus „sicheren Herkunftsstaaten“: Sie sollen in der Erstaufnahme bleiben und nach der Ablehnung des Asylantrages von dort aus ausreisen. (88)

Die Kommunen sollen besser unterstützt werden, die Finanzierung der Aufnahme, Versorgung und Integration soll aufrecht erhalten bleiben. (86)

Die „Alte Mu“ in Kiel soll insofern erhalten werden, also die „kreative Szene“ dort bleiben soll, auch wenn das Land das Grundstück verkauft. (11)

Aufnahmeprogramm

Schleswig-Holstein will 500 besonders schutzbedürftige Personen direkt aus Herkunftsländern oder Transitländern aufnehmen. In fünf Jahren wären das 100 pro Jahr oder acht pro Monat – das scheint machbar. Dennoch ist es für CDU und FDP ein großer Fortschritt, dem zuzustimmen. (90)

Einwanderungsgesetz

Die Koalition will sich für ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene einsetzen. (86)

Integration

Man will ein „Landesintegrationsgesetz“ schaffen, dazu wird aber nicht viel mehr gesagt. Bei den Integrationskursen soll es eine bessere Kinderbetreuung geben, damit Frauen leichter teilnehmen können. (85)

Die Kommunen sollen weiterhin die Integrationspauerschule bekommen, die soll in Zukunft auch zur Kostenersatzung für EhrenamtlerInnen eingesetzt werden. (86)

Sprachkurse

Sprachkurse sollen für alle Flüchtlinge geöffnet werden. Das steht nicht so deutlich im Vertrag, wie die Grünen es gefordert haben. Es soll „Sprachförderung“ für alle

„Schutzsuchenden“ geben, ihnen soll „nach ihrer Kreisverteilung“ der Zugang „ermöglicht“ werden. (88)

Familienzusammenführung

Die Wartezeit von subsidiär Geschützten für die Familienzusammenführung soll verkürzt werden. Wenn das nicht möglich ist, soll sie jedenfalls auf keinen Fall verlängert werden. Außerdem soll bei anerkannten Jugendlichen der Nachzug von Geschwistern erleichtert werden. (89)

Gesundheit

Die Gesundheitskarte für Flüchtlinge soll beibehalten werden. Bürokratische Hindernisse will man abbauen. (34)

Die Möglichkeiten therapeutischer Behandlungen für Flüchtlinge soll verbessert werden, dazu soll auch die Gesundheitskarte benutzt werden. (34)

Es soll möglich werden oder bleiben, auch Menschen ohne Papiere zu behandeln. (34)

Arbeit

Die verschiedenen Unterstützungsstrukturen für eine Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete sollen miteinander verknüpft werden, um die Abläufe zu verbessern. (49)

Terrorismus

Zur Terrorismus-Bekämpfung sollen „Zentren religiöser Gruppen“ stärker überwacht werden – da sollte man im Blick behalten, wie die Sicherheitsbehörden das verstehen. Gefährder sollen abgeschoben oder mit Fußfesseln überwacht werden. Der Verfassungsschutz wird nicht in Frage gestellt. (81)

Religionen

Es soll einen Staatsvertrag mit islamischen Verbänden und islamischen Religionsunterricht geben. Außerdem sollen jüdische Gemeinden gefördert werden, hier soll auch die Renovierung der Synagoge in Lübeck abgesichert werden. (96)

Schule und Bildung

In den Schulen soll der Unterricht bis 2022 zu hundert Prozent erteilt werden. Das hatten aber vor dieser Koalition schon einige andere versprochen. Hier kommt es sicherlich darauf an, wie die Stellenpläne und die Bezahlung geregelt wird. Ein Schritt soll sein, dass die einzelnen Schulen mehr Freiraum erhalten. So könnten sie ein eigenes Budget erhalten. (13)

Schulen sollen außerdem mehr mit gesunder Nahrung aus der Region versorgt werden. (13)

Die Unterrichtsversorgung soll auch besser werden, indem QuereinsteigerInnen bessere Möglichkeiten erhalten, ebenso ausländische LehrerInnen, die bisher Probleme mit der Anerkennung ihrer mitgebrachten Qualifikation haben. (18)

Der DaZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache, vor allem für Flüchtlingskinder) soll flexibler werden, dass die Kinder schnell oder langsam lernen können. Außerdem soll es auch an freien Schulen angeboten werden. Außerdem soll es Unterricht in der Muttersprache geben, unabhängig von den Konsulaten. Das wird allerdings nicht konkretisiert. Man bekennt sich zum deutschsprachigen Islamunterricht. (18)

Die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt soll an Schulen thematisiert und unterrichtet werden, um Diskriminierungen zurückzudrängen. Dafür sollen auch Unterrichtsmaterialien entwickelt werden. (19)

Jugendliche Flüchtlinge, die bisher nur bis zum 18. Geburtstag ein Recht auf einen Platz in der Berufsschule haben, sollen in Zukunft länger zur Schule gehen dürfen, wenn nötig. Dazu werden zunächst 20 zusätzliche LehrerInnen bezahlt. (21, 86)

Für erwachsene AnalphabetInnen und andere, die ohne Schulabschluss sind, sollen Grundbildungskurse eingerichtet werden. (23)

Geflüchtete sollen leichter Zugang zur Hochschule erhalten. Ihre mitgebrachten Qualifikationen sollen schneller anerkannt werden. Außerdem soll das Studium eine Grund für eine Umverteilung sein. Schließlich will man Bafög bereits nach drei Monaten Aufenthalt geben, das allerdings kann nur mittels einer Initiative im Bundesrat gefordert werden. (26/27)

Es sollen mehr DAZ-Lehrkräfte ausgebildet werden, Prüfungen sollen auch auf Englisch abgelegt werden können. (86)

Beim Haushaltsbeitrag (früher GEZ-Gebühr) sollen Auszubildende und StudentInnen befreit werden.

Kitas

Besonders ausführlich wird die Verstärkung der Förderung für Kitas beschrieben. Dort sollen 170 Millionen Euro mehr ausgegeben werden. Damit soll die Qualität verbessert werden, außerdem sollen die Kommunen so gefördert werden, dass die Elternbeiträge sinken. Eine Beitrags-Freiheit wird ausdrücklich nicht versprochen. (37)

Die Zuverlässigkeit der Betreuung soll durch regionale Vertretungs-Pool verbessert werden. Außerdem soll es nicht mehr so viele Förderprogramme geben, weil die Kitas bei allen einzelne Anträge stellen müssen und das viel zu viel Arbeit ist. Die Grundfinanzierung soll dafür verbessert werden. Und die Waldkindergärten sollen abgesichert werden. (37)

Jugendliche Flüchtlinge

Die Mittel für die Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wird ebenfalls erwähnt, ohne allerdings konkret zu werden. (39)

Frauen / Gewalt gegen Frauen

Auch für die Frauenhäuser ist festgelegt, dass sie „bedarfsgerecht“ ausgebaut werden sollen, ohne dass man genau weiß, was das bedeuten wird. (39)

Für die Unterkünfte soll ein Gewaltschutzkonzept entwickelt werden. (85)

Kinder

Die Landesregierung will gewährleisten, dass jedes Kind eine vollwertige Mahlzeit am Tag erhält. (32)

Verwaltungsgericht

Es sollen zusätzliche Stellen beim Verwaltungsgericht geschaffen werden. (87)

Um die Zahl der Klagen zu senken, sollen die Beratungsstellen für Flüchtlinge besser finanziert werden, auch eine mobile Beratung. (87, 88)

Ausreisepflicht

Für abgelehnte Flüchtlinge sollen die Ausländerbehörden in Zukunft von sich aus andere Möglichkeiten des Aufenthalts aus humanitären Gründen prüfen. Dabei soll auch die „Mitwirkungspflicht“, das betrifft meistens die Beantragung von papieren durch die abgelehnten Flüchtlinge selbst, mit einem Erlass klarer definiert werden. Für Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea soll es einfacher einen deutschen Passersatz geben. (88, 89)

Bei abgelehnten Flüchtlingen soll die freiwillige Ausreise gefördert werden, allerdings soll auch abgeschoben werden. Dazu soll wieder ein „Ausreisegewahrsam“ und eine Abschiebehaftanstalt eingerichtet werden. Es soll

Fazit

Im Koalitionsvertrag gibt es mehr Kontinuität und mehr „Grünes“ als erwartet. Allerdings sind viele Punkte nicht konkret formuliert, sondern in Form einer Absichtserklärung. Wichtig ist es also weiterhin, die konkreten Veränderungen (oder Stillstand) im Alltag zu beobachten und die zuständigen Politikerinnen und Politiker auf Punkte aufmerksam zu machen, in denen der Koalitionsvertrag aus unserer Sicht nicht ausreichend umgesetzt wird.

Aber erst mal kommt die Sommerpause. Genug Gelegenheit also für alle, den Koalitionsvertrag nochmal ganz zu lesen.

nicht das alte Gefängnis in Rendsburg reaktiviert werden, sondern eine neue Einrichtung gebaut werden, möglicherweise zusammen mit den anderen Bundesländern. (89)

Bei Abschiebungen in Länder mit „unübersichtlicher Sicherheitslage wie derzeit in Afghanistan“ sollen die Ausländerbehörden jede Akte dem Innenminister vorlegen, der den beabsichtigten Abschiebungen zustimmen muss. (89)

Die unterschiedlichen Meinungen über „sichere Herkunftstaaten“ werden im Vertrag festgehalten, so dass es da keine Zustimmung im Bundesrat geben wird. (90)

Ausbildungsduldung

Die Ausbildungsduldung soll es in Zukunft geben, wenn der Ausbildungsvertrag registriert ist, nicht erst, wenn die Ausbildung startet. Außerdem sollen nach Möglichkeit berufsvorbereitende Maßnahmen, Erstqualifizierungen und Praktika in diese Anspruchsduldung (meistens für abgelehnte Flüchtlinge) einbezogen werden. Auch Menschen mit Aufenthaltsgestattung, die also noch im Asylverfahren sind, sollen bei Bedarf umverteilt werden, um einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz besser erreichen zu können. Dazu sollen Flüchtlinge bis zum Alter von 27 Jahren die Berufsschule besuchen dürfen, bisher sind 18 Jahre die Grenze. Die 3+2-Regelung soll nach Möglichkeit auch auf das Studium oder die Arbeit ausgeweitet werden. „Mehr Land in Sicht“ soll stärker gefördert werden. (21, 86, 87)

Flüchtlingsbeauftragter / Flüchtlingsrat

Der Flüchtlingsbeauftragte soll gestärkt werden, der Flüchtlingsrat weiter gefördert werden. Der Flüchtlingsrat soll weiter gefördert werden. (87)

Landesregierung

Es gibt einige Veränderungen. Am wichtigsten ist für uns vermutlich, dass es in Zukunft einen Staatssekretär für Integration (Torsten Geerds) geben wird. (113)

Reinhard Pohl